

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Rinck, Stephan Protschka, Peter Felser, Bernd Schattner, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Enrico Komning, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Ertrags- und Qualitätsrückgang mit sinkenden Getreidepreisen für deutsches Getreide

Gegenwärtig sind Landwirte in Deutschland stark besorgt über die Erntemengen und die Qualität des Getreides sowie über dessen Preisentwicklungen (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945).

In den vergangenen 15 Jahren gab es nur im Dürrejahr 2018 so eine schlechte Getreideernte wie die diesjährige, denn mit 39 Mio. t bleibt die Getreideernte unter der 40-Mio.-t-Marke (vgl. www.topagrar.com/management-und-politik/news/getreideernte-2024-kleine-ernte-kleine-preise-20006357.html). Gleichzeitig sind die Preise für Brot- und Futterweizen deutlich niedriger als im letzten Jahr (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945). Der Preisdruck für die Landwirte steigt (vgl. www.rbb24.de/panorama/beitrag/av7/video-getreideernte-ernte-landwirte-getreidepreise-berlin-brandenburg.html).

Zusätzlich zu den Ernteverlusten kann es für Landwirte noch zu Schadenersatzforderungen der Getreidehändler kommen, insbesondere bei weit vor der Ernte abgeschlossenen Vorkontrakten, bei denen die Qualität und Menge der eigenen Ernte nicht ausreichen, um die vertraglich vereinbarten Lieferungen zu erfüllen (vgl. www.agrarheute.com/management/recht/landwirt-liefervertrag-getreide-erfuellen-rechte-pflichten-623710).

Gründe für den Ertrags- und Qualitätsrückgang sind unter anderem späte Aussaaten aufgrund von Hochwasser, Kälteeinbrüchen und Hitzeperioden, sowie strengere Regelungen bei Düngung und Pflanzenschutz (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945). Umweltbedingter Stress erhöht die Anfälligkeit der Pflanzen für Krankheiten und Schädlinge, während nach Ansicht der Fragesteller „verfehlte“ gesetzliche Vorgaben die Unterstützungsmöglichkeiten der Landwirte einschränken (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945, www.agrarheute.com/markt/marktfuehrer/gefahrealbauernverband-legt-ernuechternde-erntebilanz-625173). So ist bereits seit Jahren bekannt, dass die Qualitätsanforderungen des Handels von vielen Getreideproduzenten durch die Düngauflagen in den Roten Gebieten immer schwerer erfüllt werden können (vgl. www.agrarheute.com/pflanze/getreide/alarmstufe-fuer-qualitaetsweizen-rote-gebiete-besser-differenzieren-563756).

Der Verbrauch an Getreide in Deutschland wird aktuell auf ca. 40 Millionen Tonnen geschätzt, sodass in diesem Jahr die Selbstversorgung Deutschlands

nicht erreicht wird (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945). Insgesamt ist der Selbstversorgungsgrad im Getreideanbau selbst in guten Jahren schwer zu erreichen (ebd.). Dies lässt sich damit begründen, dass die Getreideanbaufläche in Deutschland seit Jahren rückläufig ist, besonders bei Weizen (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945).

Der Bayerische Bauernverband fordert unter anderem eine wirtschaftliche Risikoabsicherung durch stärkere Förderung von Mehrgefahrenversicherungen und steuerlichen Instrumenten, neue Züchtungsmethoden in der Pflanzenzüchtung und eine Neuausrichtung der Pflanzenschutzpolitik, um den effektiven Pflanzenschutz sicherzustellen (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945). Der Präsident des Deutschen Bauernverbands e. V. weist in diesem Zuge darauf hin, dass das „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“, mit dem das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent verringern möchte, keine Lösungen für die Herausforderungen, vor denen Landwirte im Ackerbau stehen, bietet (vgl. www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/gefahreal-bauernverband-legt-ernuechternde-erntebilanz-625173). „Um Erträge und Qualitäten auch in Zukunft zu sichern, müssen praxisferne und nicht-praktikable Vorgaben gestrichen werden“, fordert Rukwied (ebd.).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Bundesregierung zum Umfang und Zweck des aus der EU exportierten Getreides aus Deutschland und aus den anderen Staaten der EU vor?
Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Menge des aus der EU exportierten Getreides in den letzten fünf Jahren entwickelt?
2. Welche Informationen liegen der Bundesregierung zum Umfang und Zweck des in die EU importierten Getreides in Deutschland und in den anderen Staaten der EU vor?
Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Menge des importierten Getreides demnach innerhalb der EU in den letzten fünf Jahren entwickelt?
3. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anbaufläche von Getreide in Deutschland sowie dessen Verwendungszweck in den letzten fünf Jahren entwickelt, welche Gründe gibt es hierfür und zieht die Bundesregierung hieraus Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln (wenn ja, welche)?
4. Ist der Bundesregierung die Kritik bekannt, dass man Gefahr laufe, am Markt vorbei zu produzieren und ein Importland für Brot- bzw. Backweizen zu werden, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung hieraus (vgl. www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/gefahreal-bauernverband-legt-ernuechternde-erntebilanz-625173)?
5. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den Erhalt des Selbstversorgungsgrads Deutschlands mit Getreide zu und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln hieraus?
6. Haben nach Kenntnis der Bundesregierung die strengeren Regelungen bei Düngung und Pflanzenschutz Einfluss auf die Selbstversorgung mit Qualitätsweizen in diesem Jahr gehabt, und wenn ja, welchen und welche

Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung hieraus (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945)?

7. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um den aktuellen Herausforderungen im Getreideanbau zu begegnen und die Landwirte besser zu unterstützen, und wenn ja, welche?
8. Plant die Bundesregierung, in naher Zukunft Regelungen im Bereich Düngung und Pflanzenschutz zu überarbeiten, um den Landwirten beim Getreideanbau mehr Unterstützungsmöglichkeiten zu bieten?
9. Plant die Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte in Anbetracht der niedrigeren Ernten und Getreidepreisen zu sichern, und wenn ja, wie?
10. Sind der Bundesregierung die Forderungen des Bayerischen Bauernverbands unter anderem nach einer wirtschaftlichen Risikoabsicherung durch stärkere Förderung von Mehrgefahrenversicherungen und steuerlichen Instrumenten, neuen Züchtungsmethoden in der Pflanzenzüchtung und einer Neuausrichtung der Pflanzenschutzpolitik, um den effektiven Pflanzenschutz sicherzustellen, bekannt, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung hieraus (vgl. www.wochenblatt-dlv.de/feld-stall/pflanzenbau/bayern-schlechteste-getreideernte-seit-sechs-jahren-577945)?
Plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Maßnahmen, und wenn ja, welche?
11. Ist der Bundesregierung die Forderung von dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbands e. V. bekannt, dass, um Erträge und Qualitäten auch in Zukunft sicherzustellen, praxisferne und nicht-praktikable Vorgaben gestrichen werden müssen und dass das Zukunftsprogramm Pflanzenschutz keine Lösungen für die Herausforderungen, vor denen Landwirte im Ackerbau stehen, bietet (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), und wenn ja, welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung hieraus?
12. Wie hat sich die Situation der Getreidemühlen, insbesondere der kleinen und mittelständischen, in den letzten fünf Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung entwickelt und sieht die Bundesregierung hier politischen Handlungsbedarf?
13. Wie wirkt sich, nach Einschätzung der Bundesregierung, die Entwicklung der Anzahl der Mühlen auf das regionale Lebensmittelhandwerk aus?
14. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den Getreidemühlen in Hinblick auf die regionale Nahversorgung mit Getreideprodukten insgesamt zu und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hieraus für ihr eigenes Handeln?
15. Hat die Bundesregierung im Zeitraum von 2018 bis 2023 die Erforschung von neuen Züchtungsmethoden in der Pflanzenzüchtung in Hinblick auf Getreide gefördert, und wenn ja, mit welchen Beträgen (bitte nach Projekt, Projektträger, Forschungsgebiet und Förderbetrag angeben)?
16. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob Getreideproduzenten die Qualitätsanforderungen des Handels trotz der Düngeauflagen in den Roten Gebieten in einem wirtschaftlichen Ausmaß erfüllen konnten und wenn ja, plant die Bundesregierung dahingehend Maßnahmen (vgl. www.agrarheute.com/pflanze/getreide/alarmstufe-fuer-qualitaetsweizen-rote-gebiete-besser-differenzieren-563756)?

17. Sind der Bundesregierung Getreideimporte auf den Routen der sog. Solidaritätskorridoren aus der Ukraine in die EU oder nach Deutschland bekannt, die nicht alle gesetzlichen Auflagen erfüllen?
18. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Importmenge von Futter- und Brotgetreide aus der Ukraine nach Deutschland in den letzten fünf Jahren entwickelt?
19. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine Exportförderung für ukrainisches Getreide nach Deutschland und wenn ja, wie hoch ist diese Förderung?
20. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine Transportkostenförderung für ukrainisches Getreide nach Deutschland, und wenn ja, wie hoch ist diese?
21. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Getreidepreis für Futtergerste an der Matif an der Getreidebörse Kiew und auf dem deutschen Getreidemarkt?

Berlin, den 26. September 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.